

19. Tagungsabschnitt des Niedersächsischen Landtages, 47. Sitzung, 25. September 2024

**Rede Ulf Thiele MdL**

stv. Vorsitzender und Sprecher für Haushalt und Finanzen  
der CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

TOP 5: Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2024 – Gesetzentwurf der CDU-Fraktion  
abschließende Beratung  
(Redezeit: 7 Minuten)

- Es gilt das gesprochene Wort. -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,  
wir hören es laut und vernehmlich.

In jeder Veranstaltung, in den Reden, in unzähligen Gesprächen und Diskussionen. Das Wehklagen der Landesminister und der Abgeordneten von SPD und Grünen dieses Hohen Hauses. Das Wehklagen über fehlende Finanzmittel! Über fehlende Mittel, die man eigentlich dringend bräuchte, um Investitionen in unsere verfallende Infrastruktur zu finanzieren. Über fehlendes Geld, das man nur zu gerne in das Gelingen der Energiewende investieren würde. Über fehlende Haushaltsmittel, die man zu gerne in eine bessere medizinische Versorgung stecken würde. Und und und.

Aber die Schuldenbremse! Die Schuldenbremse würde ja all das verhindern.

Lassen Sie mich daher für alle hier und für die Menschen, die unsere Debatten dazu verfolgen, in Erinnerung rufen, dass die Landesregierung im Frühjahr dieses Jahres einen Jahresabschluss des Haushaltsjahres 2023 vorgelegt hat, mit einem satten Überschuss von 1,5 Mrd. Euro.

Und dann hat die Continental AG ein Bußgeld in Höhe von 100 Mio. Euro in die Landeskasse eingezahlt.

Auf einen Schlag verfügt diese Koalition also in diesem Jahr über zusätzliche 1,6 Mrd. Euro.

Selbst nach Abzug der erwarteten Steuermindereinnahmen aus der Mai-Steuerschätzung (für die gesamte MiPla) hat das Land damit knapp eine Milliarde Euro mehr in der Kasse, als geplant.

Da ist es also – sollte man meinen – das bisher fehlende Geld, das man in die Infrastruktur, in die Häfen, in die medizinische Versorgung und auch in die Reparatur der immensen Schäden stecken kann, die das Weihnachtshochwasser an unseren Hochwasserschutzanlagen und der Infrastruktur angerichtet hat. Sollte man meinen. Kein Problem mit der Schuldenbremse. Das fehlende Geld, das man überall beklagt hatte, es ist da. Sollte man meinen!

Und so macht sich die CDU-Landtagsfraktion auf den Weg und bringt diesen zweiten Nachtragshaushalt ein.

- Um unsere maroden Landesstraßen noch vor dem Winter wieder zu reparieren.
- Um unsere Häfen jetzt doch noch zu Energiedrehscheiben auszubauen, damit die fehlenden Kapazitäten dort für den Umschlag, Bau und Service der Offshore- und Onshore-Windenergieanlagen geschaffen werden.
- Um die bisher fehlende Finanzierung aller Bauabschnitte der Universitätsmedizin Oldenburg sowie die notwendigen zusätzlichen Hörsäle der MHH und UMG für insgesamt 200 zusätzliche Medizinstudienplätze abzusichern.
- Um die Schäden aus dem Weihnachtshochwasser vollständig zu bewältigen. Denn aus der aktualisierten Schadensermittlung wissen wir, dass das Geld aus dem Nachtrag 1, den wir im Februar gemeinsam beschlossen haben, vorne und hinten nicht reichen wird.

Das war unsere Motivation für dieses Nachtragshaushaltsgesetz. Denn die fehlenden Finanzmittel waren jetzt ja vorhanden.

Wir gingen also zumindest verhalten optimistisch in die Ausschussberatungen. Denn wir hatten SPD und Grünen ja einen Ausweg aus ihrem Wehklagen über fehlende Haushaltsmittel aufgezeigt.

Doch unsere Hoffnung und die vieler Betroffener wurde leider bitter enttäuscht.

- Wir mussten uns anhören, die Landesstraßen seien gar nicht in so schlechtem Zustand. Und die Zeit sei ohnehin zu knapp, um noch Sanierungsmaßnahmen zu beauftragen.
  - o Dabei muss man nur mit offenen Augen durchs Land fahren, um zu sehen, dass unsere Landesstraßen und Radwege lange nicht mehr in so schlechtem Zustand waren, wie im Moment!
  - o Und die Straßenbauverwaltung wäre froh und dankbar, wenn sie zusätzliche Mittel für die Reparaturzüge bekäme, die sie für diesen Herbst beauftragen. Denn die Schäden werden über den Winter sonst noch einmal schlimmer. Und die Reparaturkosten werden danach nur dramatisch höher.
- Wir mussten uns anhören, man wolle ja im kommenden Jahr Geld in die Universitätsmedizin Oldenburg stecken.
  - o Nicht sehen wollte man aber, dass im Haushaltsplanentwurf der Landesregierung die Mittel für den wichtigen zweiten Bauabschnitt fehlen. Und der kann damit nicht geplant werden.
  - o Nicht sehen wollte man, dass keine Mittel für zusätzliche Lehrräume an der MHH und der UMG eingeplant sind. Allein damit könnten aber kurzfristig 100 zusätzliche Medizinstudienplätze geschaffen werden.
- Wir mussten uns anhören, die Mittel zur Schadensbewältigung des Weihnachtshochwassers würde ja gar nicht abfließen.
  - o Nicht sehen wollte man, dass die Landesregierung sich bisher mit den Deich- und Schöpferwerkverbänden und mit den Kommunen gar nicht auf die Regeln der Förderung verständigt hat und diese daher die Anträge zurückhalten.
  - o Nicht sehen wollte man, dass sie Wasserverbände und die Kommunen bei ihrer Schadenseinschätzung bleiben und diese auch in diesem Jahr in voller Höhe investieren.
  - o Nicht sehen wollte man, dass die erforderlichen Mittel für die Schadensbehebung an der Verkehrsinfrastruktur der Kommunen und des Landes den vorgesehenen Ansatz deutlich übersteigen.
  - o Das Geld wird vorne und hinten nicht reichen. Und wenn hier nicht nachgesteuert wird, bricht das Land – bricht die Landesregierung – ihr im Februar gegebenes Versprechen, wenn nötig weitere Haushaltsmittel bereit zu stellen. Wir wissen inzwischen: Es ist notwendig, dies zu tun.
- Und dann die Investitionsbedarfe unserer Landeshäfen für zusätzliche Umschlag- und Serviceflächen für Windenergieanlagen: Davon hängen die Ausbaupläne für die Windenergie und damit für das Gelingen der Energiewende maßgeblich ab. – Das wurde schlicht Achselzuckend zur Kenntnis genommen.
- Dafür mussten wir uns anhören, der Gesetzentwurf sei ein taktisches Manöver der CDU-Fraktion.

Nein, verehrte Damen und Herren Kollegen von SPD und Grünen, das ist er ausdrücklich nicht. Dieser Nachtrag war und ist der ernstgemeinte Versuch, wenigstens die wichtigsten Investitionen für das Land und die Menschen in Niedersachsen doch noch zu finanzieren.

Und mit dem Änderungsantrag, den wir noch eingebracht haben, wollen wir den – durch eine Stützungsmaßnahme für ein bedeutendes niedersächsisches Industrieunternehmen – jetzt vollständig belegten Bürgschaftsrahmen wieder auffüllen. Um eine Milliarde Euro. Damit die Landesregierung endlich, wenn auch viel zu spät, die durch Lauterbachs Wortbruch in schwere finanzielle Not geratenen Krankenhäuser in Niedersachsen mit Liquiditätskrediten der N-Bank zu stabilisieren kann.

Warum eine Milliarde? Weil der Wortbruch von Herrn Lauterbach bis zum Jahresende ein Gesamtdefizit unserer Krankenhäuser in Niedersachsen von sage und schreibe einer Milliarde Euro verursachen wird!

Wir können diesen andauernden Skandal leider nicht beenden. Aber wir können wenigstens den Trägern unserer Krankenhäuser dabei helfen, damit fertig zu werden.

Die Antwort der rot-grünen Koalition auf diesen sehr konstruktiven Vorschlag der CDU-Fraktion war leider ebenso simpel wie ernüchternd:

Sie buchen die zusätzlichen Haushaltsmittel lieber in ihren Bunker, in ihre Rücklage.

- Sie lassen die Landesstraßen weiter verrotten.
- Sie lassen die Krankenhäuser mit den Defiziten alleine.
- Sie lassen die Chancen unserer Häfen links liegen.
- Sie vertagen und verschieben die Investitionen in die Ausbildung zusätzlicher Mediziner.
- Sie lassen – und das ist fast das Schlimmste – Sie lassen die Geschädigten des Weihnachtshochwassers im Stich.

Hauptsache Ihre Rücklagen bleiben prall gefüllt.

Aber beklagen Sie von SPD und Grünen bitte in Zukunft nie mehr, es sei kein Geld da – wegen der schlimmen Schuldenbremse. Es ist da! Es ist in Ihrer Rücklage!

Beklagen Sie von SPD und Grünen bitte in Zukunft nie mehr, es sei ja nichts machbar. Denn ein besseres Niedersachsen ist machbar! Man muss nur wollen!

Vielen Dank!